

ZfSÖ

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

ONLINE

REZENSION | ONLINE 17.10.2021

Stephan Krüger

Grundeigentum, Bodenrente und die Ressourcen der Erde - Die Relativierung der Knappheit und Umriss eines linken Green New Deal

Hamburg: VSA-Verlag, 2020, 387 Seiten, dazu 12 Seiten Literatur: Monografien und Aufsätze sowie Statistische Materialien

Der Buchtitel des promovierten Diplom-Volkswirts, Kaufmanns und Soziologen Stephan Krüger weckt Interesse. Das Vorwort sowie das umfangreiche Inhaltsverzeichnis weisen den Autor anhand der verwendeten Begriffe und Strukturzusammenhänge schnell als gestandenen Marxisten aus: „Nach der Auflösung der gemeinschaftlichen Formen des Grundeigentums in den naturwüchsigen Gemeinwesen wird das Privateigentum ... die Grundlage für ... [die] ökonomische Inwertsetzung [des Grund und Bodens]. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft übernimmt das Privateigentum an Grund und Boden ... und bezieht die Grund- oder Bodenrente als ... spezifischen

58. Jahrgang 2021

Herausgeber + Copyright: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung
in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Kontakt: Dipl. Ökonom Werner Onken — verantwortlich —
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg | Telefon: 0441-36 111 797 [AB]

E-Mail: onken@sozialoekonomie.info

Text/Bildbearbeitung: Vlado Plaga

Ertrag [des Grund und Bodens] in ihre Einkommensverteilung und Ressourcenallokation ein. Das private Eigentum am Grund und Boden begründet eine spezifische Form eines leistungslosen Einkommens.“ (S.9) - eben die Bodenrente, so Krüger am Anfang des Vorworts. Die „Analyse der bürgerlichen Gesellschaft als Voraussetzung zur Erfassung vorbürgerlicher Gesellschaftsformen“ (S.13) ist ihm eine ausdrückliche Prämisse. Ausführliche Marx-Zitate in den beiden ersten Kapiteln und auch im Weiteren belegen die o.g. Einordnung. Auch die Sprache Krügers – lange geschachtelte Sätze – ähnelt der von Marx. Beim Lesen verlangt das eine große Konzentration.

Die ersten beiden Kapitel sind der Betrachtung der Rolle und der verschiedenen Formen des Eigentums an Grund und Boden in vorbürgerlichen Gesellschaften und im Kapitalismus gewidmet. Danach untersucht Krüger die verschiedenen Nutzungsarten des nicht-städtischen Bodens, immer gekoppelt mit Überlegungen und Daten bzgl. der Rente, die der Boden trägt. Die extraktive Industrie erhält viel Raum, selbstverständlich werden dabei Rente und Preisentwicklung im Weltmaßstab betrachtet. Es schließen sich mehrere Kapitel an, in denen zunächst allgemein die „Entwicklung des Raumgefüges und der Raumstruktur eines bürgerlich-kapitalistischen Landes im Zusammenspiel von überkommener Teilung von Stadt und Land, Kapitalakkumulation und Grundrente sowie politischen Einflussnahmen“ (S.159) untersucht werden, sowie im Anschluss daran speziell die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Das hier abschließende 9. Kapitel behandelt die Wohnungsfrage in der Bundesrepublik. Kapitel 10 beschreibt die Änderung der „Klasse der Grundeigentümer“ (S.263): traditionell Adel, Kirche, Landlords, dann „Distinkte Grundeigentümerklassen im Rahmen von agrikulturellen und extraktivistischen Monokulturen“ (S.266) sowie schließlich „Moderner Finanzkapitalismus als Immobilienverwerter: Die Finanzialisierung des Grundeigentums“ (S.269).

Nach diesem mehr beschreibenden Teil wird im 11. und 12. Kapitel Bezug genommen auf den Untertitel des Buches. Die Kapitel tragen jeweils die Überschrift „Ansatzpunkte und Bedingungen zur Relativierung der Knappheit ökonomischer Ressourcen; Teil I Theoretische Grundlagen“(S.273), sowie „Teil II Empirische Ergebnisse“(S.313). Unter dem Gesichtspunkt „Knappheit“ wird erst die Angebotsseite des Marktgeschehens betrachtet, sodann die Nachfrageseite mit einem eigenen Abschnitt „Umriss zu einer Theorie der Bedürfnisse“ (S.296). Die drei letzten Kapitel enthalten eine Gesamtschau auf die Bodenproblematik sowie die Skizzierung der Grundzüge einer sozialistischen Marktwirtschaft und einen Ausblick auf eine mögliche Verwendung der Bodenrente.

In den stärker beschreibenden Kapiteln drei bis zehn ist eine überwältigende Fülle von Informationen gesammelt und verarbeitet. Beeindruckend ist der weite Rahmen, die Vielfalt und Präzision des Datenmaterials und vor allem auch der Grafiken, die nicht

nur in diesen Kapiteln, sondern im ganzen Buch zu finden sind, ganz besonders jedoch in den Kapiteln zu Landnutzung, extraktiver Industrie sowie die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland betreffend. Zunächst werden nun noch einige allgemeine Bemerkungen notiert, sodann folgt eine genauere Betrachtung der Schlusskapitel elf bis fünfzehn des Buches, da sie eine mögliche Zukunftsschau bieten.

Krüger unterscheidet klar „Besitz“ von „Eigentum“ und untersucht auch sehr sorgfältig die verschiedenen Formen der Rente: Agrikole Rente von landwirtschaftlichen Flächen neben der städtischen Baulandrente; Differentialrente und absolute Rente; daneben noch die Bergwerksrenten. Alle diese Renten sind spezifische „Bodenrenten“; sowohl absolute als auch Differentialrenten können Bestandteile sein. Auch die Nachfrage spielt für die Höhe der Renten eine Rolle. „Die absolute Rente beruht ... im Unterschied zur Differentialrente nicht auf einer bloßen Modifikation der Produktionspreisbestimmung im Rahmen der Ausgleichsprozesse der individuellen Profitraten, sondern ist als Preisbestandteil der Waren dem Profitratenausgleich, also der Verteilung der gesamtwirtschaftlichen Mehrwertmasse auf die Einzelkapitale nach ihrer resp. Größe, entzogen.“ (S.43) In marxistischer Sprechweise sind der Boden und alle seine Inhalte „fiktives Kapital“, der Boden hat ja eigentlich keinen „Wert“ und auch keinen Preis, da er nicht Produkt menschlicher Arbeit ist. In der bürgerlichen Gesellschaft ist „abstrakt-menschliche Arbeit (ausschließlich) als wertschaffende Tätigkeit“ bestimmt. (S.15) Man könnte auch sagen: in der bürgerlichen Gesellschaft ist ausschließlich das ‚Arbeit‘, was Wert schafft, und ‚Wert‘ im ökonomischen Sinn ist ausschließlich Frucht lebendiger menschlicher Arbeit. Die „grundlegenden Bestimmungsfaktoren [des Bodenpreises] sind die Rente bzw. Pachthöhe sowie der Stand des Zinsfußes.“ (S.49) Es ist also nicht menschliche Arbeit, die den Bodenwert und Bodenpreis bestimmt, im Unterschied zur Produktionspreisbestimmung anderer Güter.

Die „Relativierung der Knappheit ökonomischer Ressourcen“ ist Thema der Kapitel 11 und 12. Bei der Betrachtung der Angebotsseite hat die „fortschreitende Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit“ größte Bedeutung. Krüger untermauert dies mit einem bekannten Keynes-Zitat von 1919: Wenn „keine bedeutenden Kriege und keine erhebliche Bevölkerungsvermehrung mehr stattfinden, komme ich zu dem Ergebnis, dass das wirtschaftliche Problem innerhalb von hundert Jahren gelöst sein dürfte.“ Keynes habe dabei auch „implizit unterstellt, dass der in wesentlichen Elementen bei Geld, Arbeit und Boden politisch regulierte Kapitalismus sich weitgehend ungebrochen entwickeln könnte.“ (S.273) Systembrüche wie eine in einen Finanzmarktkapitalismus abgleitende strukturelle Überakkumulation von Kapital mit massiven Krisenverlusten an Wertschöpfung und der Zunahme sozialer Ungleichhei-

ten habe Keynes nicht vorhergesehen. Zudem sei die zitierte Keynesche Aussage als Gegenbild zur herrschenden klassischen und neoklassischen Theorie zu verstehen, die die gesamtwirtschaftliche Ersparnis als den entscheidenden Engpass für eine beschleunigte Akkumulation des Kapitals betrachteten. Aber schon zu Zeiten von Keynes sei aufgrund der mit einem steigenden Gesamteinkommen tendenziell sinkenden marginalen Konsumquote bereits eher das Gegenteil der Fall: die wachsende Gesamtersparnis führe eher zu einem Mangel an profitablen Investitionsgelegenheiten. Krüger zitiert in einer Fußnote auch Keynes mit dem Hinweis darauf, dass reichliche Investitionsgelegenheiten erforderlich sind, „wenn die Sparneigung der reicheren Mitglieder mit der Beschäftigung der ärmeren vereinbart werden soll.“ (S.274). Diese Keynes-Zitate bettet Krüger in lange eigene Sätze ein.

Trotzdem ist die von Keynes erwartete Überflussgesellschaft nicht eingetreten. Die „Zuspitzung der Verteilungsungleichheiten ... Unterbeschäftigung ... Neoliberalismus ... finanzmarktgetriebene[r] Kapitalismus“ (S.276) haben es verhindert. Trotz der tatsächlichen Verminderung von Knappheiten gibt es noch mannigfache unerfüllte Bedürfnisse und Wünsche sowohl nach Dienstleistungen als auch nach materiellen Produkten – und zwar auch bei wohlhabenden Klassen und Schichten. Da auch weiterhin trotz massiver Entwicklung von Automatisierung und Künstlicher Intelligenz „Grenzen der Ersetzbarkeit von lebendiger Arbeit“ (S.281) gegeben sein werden, kann auch auf dem Feld der Arbeit aktuell nur von einer Relativierung, nicht von Aufhebung der Knappheit gesprochen werden. Hingegen können die Einsparungen an „vergegenständlichter Arbeit“ (S.282) auch Einsparungen an lebendiger Arbeit sowie an Rohstoffen bewirken. Das Ziel einer „möglichste[n] Schließung der Stoffkreisläufe“ (S.284) wird ebenfalls dadurch erreichbar(er). Auch der Begrenztheit „weltweiter CO₂-Emissionskontingente zur Realisierung der Klimaziele“ (S.285) wird dadurch Rechnung getragen.

Neben der Produktivkraftentwicklung der menschlichen Arbeit tragen aber auch mögliche „veränderte Konsumweisen und ein Wandel im System der Bedürfnisse“ (S.289) zur Relativierung der Knappheit ökonomischer Ressourcen bei. Diese Änderung in den Konsumweisen könnte durch Änderung der Einkommensverhältnisse eintreten, denn eine zunehmende Spreizung der Einkommen senkt die gesamte Verbrauchsnachfrage (S.292) aufgrund der o.g. mit steigenden Einkommen wachsenden Sparneigung, erzeugt also sinkende Konsumneigung. Allerdings verweist Krüger darauf, dass in den entwickelten kapitalistischen Staaten in den letzten rund fünf Jahrzehnten eher eine Senkung der Sparquote der Privathaushalte zu beobachten ist, spiegelbildlich also eine Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Konsumquote. Die seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 ansteigende Arbeitslosigkeit führte bis Mitte der 1980er Jahre

zu einer Halbierung der Sparquote. Dies ist auch dadurch erklärbar, dass vermehrt Krisenlasten auf die Unternehmereinkommen drückten, infolge des Übergangs in die strukturelle Überakkumulation von Kapital nach der Prosperitätsperiode der ersten Nachkriegszeit (S.295,296).

Im Abschnitt „Umriss zu einer Theorie der Bedürfnisse“ (S.296) übernimmt Krüger vom Soziologen Pierre Bourdieu den Begriff des „Habitus“, der „durch die Verinnerlichung der sozialen Unterschiede seitens der Subjekte“ (S.301) strukturiert sei. Einige „Kernsätze“ aus diesem Abschnitt: „Im Begriff der Knappheit des Güter- und Dienstleistungsangebots gegenüber der am Markt in Gestalt der zahlungsfähigen Nachfrage artikulierten Bedürfnisse liegt bereits begründet, dass eine derartige Ökonomie nicht auf Wachstum verzichten kann.“ (S.303). Dieser Satz könnte den Eindruck erwecken, Wachstum werde in erster Linie durch Verhaltensweisen auf der Nachfrageseite erzwungen. Und ein weiterer Kernsatz: „Mit einer Überflussgesellschaft für alle, gegründet auf eine hohe Produktivität der Arbeit (sowohl der lebendigen wie der vergegenständlichten Arbeit), eine gesellschaftlich konsensuell abgestimmte Einkommensverteilung sowie eine auf ein selbstbewusst-rationales System der Bedürfnisse und deren Entwicklung begründete Konsumweise wird die visionäre Feststellung der nachricardianischen Ökonomen, ‚wealth is nothing but disposable time‘, praktisch wahr. ... Erst die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hebt diese Prekarität auf und würde, so die Botschaft der Marxschen Theorie, das Verhältnis von Arbeitszeit und freier Zeit auf eine qualitativ neue Stufe zu heben erlauben.“ (S.304) Nun ist es nicht nur die Botschaft der Marxschen Theorie, dass dieses Verhältnis von Arbeitszeit zu freier Zeit „unzeitgemäß“ ist! Krüger sieht die „Sozialistische Marktwirtschaft“ als Aussicht auf Annäherung an eine „echte“ Überflusswirtschaft im o.g. Sinn.

Im nachfolgenden Abschnitt kritisiert Krüger den von Ulrich Brand geprägten Begriff der „Imperialen Lebensweise“, der assoziiere, dass „wir“ auf Kosten der unentwickelten Länder lebten. Dies sei zuerst „eine Frage der Organisation des Produktionsprozesses selbst, seiner Verfahren sowie der durch sie verursachten externen Schäden durch Schadstoffemissionen und nicht wieder verwendbare Werkstoffe ... und erst in zweiter Linie eine des Konsumtionsverhaltens.“ (S.310,311) Seine Schlussfolgerung lautet verkürzt: „Ein gestaltender Eingriff für die Entwicklung einer Gesellschaft und ihres Gesamtproduktionsprozesses ist daher zielorientiert zuvorderst auf die Produktions- bzw. Angebotsseite zu richten.“ (S.311)

Die Entwicklung der Produktivkräfte könnte eine optimistische langfristige Entwicklung für die Welt begründen. Allerdings kann nicht erwartet werden, dass gerade „die Kapitalmärkte ein Umsteuern zu einem ‚grünen‘ Kapitalismus erreichen.“ (S.313)

Wenn aber sich wandelnde Bedürfnispräferenzen der Nachfrager, z.B. in der Abkehr von klimaschädlichen Produktionen und Finanzierungsformen, auftreten, könnten gerade die Kapitalmärkte ihre allokativen Funktionen in den Dienst einer nachhaltigen Entwicklung stellen. Im Weiteren folgen einige Grafiken, die am Beispiel der USA zeigen, dass ein wachsendes Bruttoinlandprodukt nicht zwangsläufig den Energieverbrauch, die CO₂-Emissionen, den Verbrauch an Industriemineralien oder an Baustoffen im gleichen Maß steigert. Daraus auf eine „Dematerialisierung der amerikanischen Wirtschaft“ (S.318) zu schließen, wäre aber vorschnell. An der Entwicklung der VR China zur „Werkstatt der Welt“ (S.322) zeigt sich, dass zwar in den entwickelten OECD-Ländern eine relative Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Rohstoffverbrauch stattgefunden hat, aber die VR China sozusagen ein Gegenbild ist: Der Rohstoffverbrauch ist trotz gleichbleibender Bevölkerungszahl gewachsen, wenn auch deutlich geringer als das Wirtschaftsvolumen. „Die Jagd von Einzelkapitalen nach Kostenvorteilen bei Arbeitslöhnen und Steuern ... ist ... ein Beispiel dafür, wie einzelwirtschaftliche Kostenoptimierung zu steigenden Externalitäten führt, deren Kosten jene Einsparungen per Saldo weit übertreffen.“ (S.323)

Nun kommt Krüger erneut auf den Grund und Boden zurück, diese endliche, daher knappe Ressource (S.324), und wieder mit aussagekräftigen Grafiken z.B. zur Entwicklung der Urbanisierung in ausgewählten Ländern. Dabei verwendet er ausdrücklich die Bezeichnung „BRD“ für Bundesrepublik Deutschland, vor 1990 die Abgrenzung zur DDR: Seit 1960 zeigt sich in Indien eine leichte, stetige Steigerung; in Russland seit 1960 über zwei Jahrzehnte eine deutliche Steigerung, dann Verharren; Südkorea deutliche Steigerung bis 1990, dann Abflachen und Verharren als Spitzenreiter; Italien, BRD, GB, USA zwischen 1960 und 2016 kein Veränderungs-Trend sichtbar, aber VR China bis 1980 recht konstant, aber dann ein rasanter Anstieg. „Wo allerdings die Mehrheit der Stadtbevölkerung in innerstädtischen Elendsquartieren leben muss, ... werden mit dem kapitalistischen Wildwuchs der Urbanisierung zugleich deren an sich mögliche Zivilisierungsprozesse wiederum konterkariert. Knapper Grund und Boden sowie naturwüchsiger Strukturwandel einer nicht durch öffentliche Rahmenseetzungen wirksam gezähmten ... kapitalistischen Marktwirtschaft gehen in diesen Fällen eine unheilvolle Allianz ein.“ (S.325) Und als Abschluss dieses Kapitels gibt Krüger – wieder mit Grafiken – einen kurzen Ausblick auf die weltweite Bevölkerungsentwicklung: „In den Nutzungsformen des Grund und Bodens ..., wo es um größere flächenmäßige Beanspruchungen [Land- und Forstwirtschaft, städtisches Bauland] geht, führt das in den nächsten Jahrzehnten noch anhaltend hohe Bevölkerungswachstum in den (afrikanischen) Entwicklungsländern zur Zuspitzung von Knappheits- und Mangelsituationen, die mit langfristig steigenden Preisen für agrikulturelle Rohstoff-

fe und höheren Bodenpreisen einhergehen werden. Die Grundrenten wirken dabei preistreibend, ... wenn nicht mit politischen Interventionen gegengesteuert wird.“ (S.331)

Die Bodenfrage aus unterschiedlichen Perspektiven

Welche politischen Interventionen sind nun für Krüger denkbar? Bevor die Skizze einer sozialistischen Marktwirtschaft erkennbar wird, referiert er zunächst weitere „Positionen zur Bodenfrage“: Adam Smith, David Ricardo, Marx und Engels sowie Karl Polanyi, dann auch die Bodenfrage in den (real)sozialistischen Gesellschaften und schließlich unter Bedingungen von Neoliberalismus und Finanzkapitalismus. „Adam Smith war der erste politische Ökonom, der ... 1776 ... Profit und Grundrente als Abzüge vom Produkt des Arbeiters bestimmt. ... Smith hat durchaus ein Bewusstsein davon, dass der Grundeigentümer mit seinen Forderungen auch Rente für ‚unkultivierten Boden‘ verlangt.“ (S.333,334) Und: „Smith kennt keine von der Differentialrente unterschiedene absolute Rente, die auch dem Grundeigentümer des Grenzlandes noch eine Rente gibt.“ (S.335) Ricardo, eine ganze Generation „jünger“ als Smith, konnte „bereits den Übergang der Manufakturperiode in diejenige der Großen Industrie studieren“, als er 1817 sein Hauptwerk veröffentlichte. „Ricardo kennt die Rente nur als Differentialrente“ (beide S.336). Und Krüger bzgl. Ricardo: „Anstelle des von Ricardo stets klar herausgestellten Klassengegensatzes von Kapital und Lohnarbeit [könnte sich derjenige] zwischen Kapitalisten und Grundeigentümern in den Vordergrund [schieben] und die Grundrente usurpierte den Kapitalprofit, beschränkte damit die Akkumulation von Kapital und damit den Fortschritt der Produktivitätsentwicklung und der Industrie, der sich Ricardo in besonderer Weise verpflichtet sieht. Der Grundeigentümer als passive Figur, die keine konstitutiven Produktionsaufgaben übernimmt.“ (S.338) In einer Fußnote (S.340) erwähnt Krüger in diesem Zusammenhang die „uralte“ Debatte des Transformationsproblems von Werten in Preise unter Marxisten und Marxkritikern. Abgesehen davon: wie ist es zu bewerten, wenn Kapitalisten in großem Stil auch Grundeigentümer, also Immobilienverwerter und Besitzer landwirtschaftlicher Flächen werden? Dazu äußert sich Krüger nicht.

Interessant sind Krügers Ausführungen bzgl. „Marx und Engels zur Boden- und Wohnungsfrage“ (S.340). „Marx sah in der Existenz des Grundeigentums, auch in seiner kapitalistischen Form, ein wesentliches Hindernis für eine rationelle Agrikultur, weil die Kapitalanlagen des Pächters ... dem Grundeigentümer ohne sein Zutun zufallen und bei Erneuerung des Pachtkontraktes seine Grundrente steigern. ... Nur durch langlaufende Pachtverträge ließe sich diese Schranke des Privateigentums ... abmil-

dern; es bleibt [aber] der Gegensatz zwischen kapitalistischen zumeist kurzfristigem Gewinnstreben und der Natur der agrikulturellen Produktion. ... Marx spricht sich verschiedentlich eindeutig zugunsten einer großflächig betriebenen Landwirtschaft ... aus ... Daraus leitet er seine Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens ab.“ (S.342) Heutzutage „sind wir aus vielfältigen Erfahrungen schlauer ... [N]achhaltige Produktionsverfahren ... [ohne] kurzfristige Gewinnmaximierung auf Kosten der Regenerationskräfte des Bodens ... [sind unabdingbar, wenn] sich die Größenvorteile dieser Landwirtschaft voll entfalten [sollen]. ... Kurzum: Nationalisierung des Bodens bei großteiliger privat-genossenschaftlicher Verpachtung und Bearbeitung wäre die zeitgenössische Orientierung für die Organisation der Landwirtschaft im Rahmen einer sozialistischen Marktwirtschaft.“ (S.343)

...Engels hat sich insbesondere mit den Entwicklungen auf dem städtischen Wohnungsmarkt befasst. Krüger ist mit Engels nicht einig, wie Vermietung streng analytisch zu bestimmen sei: als stückweiser Verkauf eines Gebrauchswertes, so Engels, oder als Verleih von zinstragendem Kapital in Warenform, so Krüger. (S.345) Interessant wäre, ob diese Bestimmung Konsequenzen für eine sozialistische Marktwirtschaft hat. Jedenfalls sieht Engels in der sozialen Revolution durch die „Expropriation der heutigen Besitzer“ eine Grundbedingung für „die rationellere Benutzung der Wohngebäude“. Krüger erinnert demgegenüber an die „Rationierung des vorhandenen Wohnraums und die Zuweisung von Belegungen durch öffentliche Stellen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ... ohne Expropriation der Eigentümer.“ (S.345)

Nun wird das Hauptwerk von Karl Polanyi „The Great Transformation“, verfasst während des Zweiten Weltkriegs in den USA, einbezogen. Krüger hält die Kritik von Polanyi „an einem radikalen Liberalismus ... [für gerechtfertigt und sieht darin] den Aufweis der Notwendigkeit einer ‚Einbettung‘ des Marktes in eine staatliche Regulierung als Bedingung seines Funktionierens. ... In diese Leerstelle einer Kritik [von Marx] am selbstregulierenden Markt und die ‚fiktiven Waren‘ Arbeit, Boden und Geld ... ist Polanyis Text einzuordnen.“ (S.346,347) „Die Entbettung der Ökonomie oder ... des selbstregulierenden (kapitalistischen) Marktes stellt sich ... als zum Scheitern verurteilter Versuch dar, die Krise des Kapitalismus durch ein Mehr an ‚reinem‘ Kapitalismus lösen zu wollen. ... Die (Re)Kommodifizierung der Arbeitskraft durch Infragestellung sozialstaatlicher Einhegungen und eine austeritäre staatliche Wirtschaftspolitik potenzieren Arbeitslosigkeit und Not auf der einen sowie fehlende effektive Nachfrage und deflationär-depressive Tendenzen auf der anderen Seite.“ (S.348)

Bei der Betrachtung der Bodenfrage in den (real)sozialistischen Gesellschaften beginnt Krüger mit einer kurzen Erwähnung der Rückständigkeit der Landwirtschaft in Russland zur Zeit der Oktoberrevolution und der ersten Maßnahmen der neu errichte-

ten Sowjetmacht. Das Agrarprogramm der Bolschewiki war – im Unterschied zu den auf die Industrie zielenden Maßnahmen – darauf gerichtet, die „kleinbürgerlichen Massen als Verbündete der Arbeiterklasse“ zu gewinnen. ... Die Verteilung des Landes der Gutsbesitzer an die Bauern ... war zum einen der katastrophalen Ernährungslage der russischen Bevölkerung geschuldet und führte auch tatsächlich zu einer Besserung; andererseits wurde eine Masse von bäuerlichen Kleineigentümern erst geschaffen.“ (S.349) Die gestärkte Dorfgemeinde (obščina) entzog sich politischer Kontrolle; das Problem ‚musste‘ von Stalin durch gewaltsame Kollektivierung aufgehoben werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Verteilung des Grund und Bodens enteigneter Großgrundbesitzer in den meisten Staaten Mittel- und Osteuropas das Ziel der regierenden Parteien. Der „freiwilligen“ Integration der Bauern in größere Betriebe wurde mit politischem Druck und Zwang nachgeholfen. „Dabei waren die Umsetzungsformen in der Sowjetunion ... mit der Kollektivierung und der ‚Liquidierung der Kulaken als Klasse‘ am gewaltvollsten. ... Auch wenn die Kollektivierung der Landwirtschaft da, wo sie in den mittel- und osteuropäischen Ländern betrieben wurde, nicht mehr in diesen gewaltvollen Formen durchgeführt wurde, krankte die ‚sozialistische‘ Landwirtschaft weiterhin an Produktivitätsproblemen ... und war nie imstande, den Vorsprung kapitalistischer Länder einzuholen.“ (S.350,351) ... Nach dem Sieg der Volksbefreiungsarmee und der Gründung der Volksrepublik China wurde die Transformation der privaten landwirtschaftlichen Kleinbetriebe in Genossenschaften dort nicht mit der Rücksichtslosigkeit und den Opfern wie in der Sowjetunion durchgeführt. ... Allerdings entzündete sich an der Agrarpolitik der ‚Kampf zweier Linien‘ für die gesamte Wirtschaftspolitik: Deng Xiaoping und Mao Zedong. ... Mao [setzte sich] – mit den desaströsen Ergebnissen des ‚Großen Sprungs nach vorn‘ [1958 – 1960 durch].“ (S.351) 1978 wurden alte Vorschläge wieder aufgegriffen, nämlich das ‚System der vertragsgebundenen Verantwortlichkeit‘, nach dem bestimmte Mengen abzuliefern sind und der Rest behalten und auf Bauernmärkten verkauft werden darf. „Dabei bleibt das System des Kollektiveigentums erhalten, die Pachtverträge werden ... auf 15 Jahre abgeschlossen. In den folgenden Jahren wird diese Linie weiter ausgebaut. Es können zusätzliche Arbeitskräfte beschäftigt werden. ... Das neue System verbesserte die Performance der chinesischen Agrikultur deutlich. Mittlerweile fügt sich die chinesische Landwirtschaft mit ihren gemischten Eigentumsformen organisch in das Konzept der ‚Sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung‘ ein.“ (S.352)

Die Rolle des Zinsniveaus

Der letzte Abschnitt dieses Kapitels ist überschrieben: Die Mächtigkeit des Eigentums-egoismus und Besitzindividualismus und seine Befuehrung durch Neoliberalismus und Finanzmarktkapitalismus. (S.352) Das bezieht sich in erster Linie auf die nicht-realsozialistischen Staaten. Es könnte aber auch aufgefasst werden als ein Hinweis darauf, warum die Methoden der Kollektivierung der Landwirtschaft nicht erfolgreich waren bzw. nicht erfolgreich sein konnten. Ob das „Hängen der Bauern an der Scholle“ als Egoismus zu bewerten ist, soll hier offen bleiben. Dass diese Denk- oder Gefühlsweise durch die genannten ökonomischen Strukturen befeuert wird, ist dagegen unstrittig. Krüger stellt zurecht fest: „Eigentum an Grund und Boden ist die erste ... Inbesitznahme von Produktionsmitteln“. (S.352) Dieses Eigentum „als Produktionsmittel in der Landwirtschaft oder als privat-individuelles Wohnungseigentum ... [erzeugt] bestimmte Bewusstseinsformen.“ (S. 353) Wodurch genau werden aber Bewusstseinsformen erzeugt? Welche Rolle spielt dafür die privat zufließende Bodenrente, als materielle Folge des uneingeschränkten Privateigentums an Grund und Boden? Und welche Rolle spielt die Sicherheit, jederzeit Freiheit in der privaten Nutzung zu haben? Auch Krüger unterscheidet ja klar zwischen ‚Eigentum‘ und ‚Besitz‘ (vgl. S.43), also Nutzung. Ist das Abschöpfen der Bodenrente ohne Eigentumswechsel denkbar? Und welche Folgen hätte das für die Bewusstseinsformen? Und natürlich: Welches Bewusstsein ist in breiten Schichten der Bevölkerung erforderlich, um diese politische Intervention zu ermöglichen? Diese Fragen stellt Krüger nicht.

Ganz sicher steigerte und steigert ein niedriges Zinsniveau an den Kapitalmärkten das Interesse an Immobilieneigentum massiv. Fraglich ist aber die folgende Aussage: „Im Zuge der Rettungsmaßnahmen von Staaten und [der von] Zentralbanken gewaltsam auf null gedrückten Zinsen und der dadurch gestörten Allokationsfunktion des Zinssatzes gewannen risikobehaftete Geldkapitalanlagen in Aktien und Immobilien sogar wieder an Attraktivität und begründeten eine neue Kurs-Rallye des fiktiven Kapitals.“ (S.355) Wurde das Zinsniveau gewaltsam gedrückt, etwa durch Maßnahmen der Zentralbanken? Oder haben die Zentralbanken auf ein gesunkenes Zinsniveau aufgrund einer Überfülle von Anlage suchenden Geldern an den Kapitalmärkten reagiert und den kurzfristigen Zinssatz dementsprechend noch tiefer gesenkt? Die Allokationsfunktion des Zinssatzes wird dadurch nicht „gestört“. Sie hängt nämlich nicht an einem dauerhaft positiven Zinsniveau, sondern – unabhängig von der Höhe des Zinsniveaus – daran, dass der Zinssatz um einen Gravitationspunkt schwanken kann. Diese Differenzen, die von den verschiedenen Anlageformen erwartet werden, sind der Kern der Allokationsfunktion des Zinssatzes.

Abschließend sei noch vermerkt, dass Krüger in diesem Abschnitt häufiger die sachliche Argumentation verlässt. Dazu ein Beispiel: „Hier wirkt die altbekannte Eigentumsillusion, mit der der Kleineigentümer in die Hegemonie der kapitalistischen Eigentümer von Produktionsmitteln sowie am Grund und Boden einbezogen wird. Bekanntlich wurde schon immer da, wo das Eigentum nur (noch) nominell ist, es teilweise am härtesten verteidigt – eine durch und durch irrationelle Bewusstseinsform.“ (S.356) Seine Schlussfolgerung ist jedoch wieder sachlich und ansprechend: Es benötigt einen langen Atem, um „den Anteil öffentlicher Liegenschaften und öffentlich-kommunaler Wohnungen in städtischen Ballungsgebieten ... [auszudehnen. Das] Positivbeispiel der Stadt Wien [geht] auf einen Vorlauf [von ca. 100 Jahren zurück.] Eine drastische Besteuerung der (tatsächlich gezahlten) Grundrenten und ihre Umverteilung und Rückgabe an Privathaushalte mit niedrigem Einkommen kann diesen Politikansatz abrunden.“ (S.356,357)

Mittel- und langfristige Perspektiven

Die beiden letzten Kapitel tragen die Überschriften: „Vom ‚Green New Deal‘ zur hochproduktiven ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft“ sowie „Langfristige Perspektive: Gemeinbesitz der Bevölkerung am Grund und Boden und Grundrente als Bestandteil der Finanzierung eines Mindesteinkommens für alle“.

Anknüpfend an die sog. „Polanyische Situation“ sieht Krüger die Gesellschaft an einem Scheideweg: aktuell ein Auseinanderdriften der Verteilungsverhältnisse, Rückfall in ökonomische Nationalismen, dadurch Zerstörung der Nachkriegsordnung eines Multilateralismus mit koordinierter Konfliktlösung, wachsende Akzeptanz sog. robuster Interventionen zur Sicherung ökonomischer Interessen, Erstarken eines rechten Populismus. (S.359,360) Die langfristigen Zinssätze liegen weiterhin bei null Prozent, und trotz dieses Zinsniveaus setzt keine erneute beschleunigte Kapitalakkumulation ein. Eine Alternative am Scheideweg sieht Krüger in einer „durchgreifende[n] Entwertung von Kapital, sowohl als fixes als auch als zinstragendes fiktives Kapital“, was für eine erneute Dynamik der Kapitalakkumulation sorgen könnte, aber auch mit „weiteren Zerstörungen der sozialen Strukturen und politisch-demokratischen Verhältnisse“ verbunden wäre und „zudem die Kriegsgefahr nicht nur in regionalbegrenztem Umfang signifikant erhöhen würde. (alle S.361)

Neben dem niedrigen Zinsniveau treibt die (zu) geringe gesamtwirtschaftliche Nachfrage Gelder vermehrt an die Börsen oder an den Immobilienmarkt. Die für die BRD typische Kompensation durch Export ist ein klassisches Nullsummenspiel für die Weltwirtschaft. Diese grundlegende Überakkumulationskonstellation liegt in allen ka-

pitalistischen Metropolen vor, ihre Profitratenentwicklung dokumentiert dies. (S.362) Daher bleibt als einzige andere Alternative „nur ein durch den Staat initiiertes und geführter Ausbruchprozess“, dies intendiert auch die u.a. von Jeremy Rifkin propagierte Konzeption eines ‚Green New Deal‘. (S.363) Die Pläne Rifkins wären alleine aus „Steuererhöhungen und Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten“ nicht zu finanzieren, daher wäre „eine massive Ausweitung des öffentlichen Kredits“ erforderlich. Als Basis hierfür die ‚Modern Monetary Theory‘ (M. Paetz, D. Ehnts) anzusehen, ist für Krüger unannehmbar. Es ist „eine politische Position abzulehnen, die auf einem derartig unsoliden theoretischen Fundament aufgebaut ist.“ (S.365)

Im nachfolgenden Abschnitt „Längerfristiger sozialökologischer Umbau im Rahmen einer neuen Arbeits- und Betriebsweise des gesellschaftlichen Produktionsprozesses in den entwickelten Ländern (sozialistische Marktwirtschaft)“ wird eben diese skizziert. Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien sieht Krüger als Teil von innerbetrieblicher, gesellschaftlicher und internationaler Arbeitsteilung zugleich als strukturierendes Element. (S.368) Diese Prozesse senken nicht die Grenzkosten auf null, wie dies Rifkin annimmt, sondern rationalisieren ganz traditionell: Ersatz lebendiger Arbeit durch Maschinerie. Dies „führt unter kapitalistischen Bedingungen keineswegs zu einer Demokratisierung der Wirtschaft. ... Schon die marktvermittelten Zulieferer-Abnehmer-Beziehungen innerhalb von Unternehmensnetzwerken ... beinhalten nur eine formale Gleichheit zwischen den Akteuren, tatsächlich diktiert der Stärkere die Preise und schafft dadurch neue Abhängigkeiten. (S.370) „Ein neues ‚normales‘ Arbeitsverhältnis für das 21. Jahrhundert muss mit seinen Regulierungen an der mittlerweile etablierten Vielfalt von Beschäftigungsformen und den entwickelten Ansprüchen und Bedürfnissen ... aufsetzen, um ... Identifikation und Motivation ... zu optimieren und dadurch den subjektiven Faktor der Produktivkraftentwicklung zu maximieren. ... Neben Kündigungsschutz und einem auskömmlichen Mindestlohn bedeutet dies einen Ausbau des Sozialstaats, der alle Gesellschaftsmitglieder nicht nur in die Soziale Gesundheits- (und Pflegevoll-) Versicherung, sondern auch in eine gesetzliche Rentenversicherung, ... unabhängig von volatilen Entwicklungen an den Finanzmärkten ... einbezieht. (S.371) „Längerfristig ist ein solcher Sozialstaat zu einem Wohlfahrtsstaat auszubauen, der seine Unterordnung unter das Subsidiaritätsprinzip gegenüber persönlichen Familienbanden (sukzessiv) hinter sich lässt. Ein wesentlicher Fokus ist ... auf Zeitsouveränität zu richten. ... [Weiterhin ist der] Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten auf betrieblicher und Unternehmensebene bei unternehmerischen Entscheidungen [notwendig, sowie] ... Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen.“ (S.372) „Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft auf supranationaler und nationaler Ebene wird zur dominierenden

Aufgabe. ... Sie begründet einen Primat der Politik gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung... [Die demokratische Willensbildung ist] in Strukturräten auf supranationaler, nationaler, regionaler und lokal-kommunaler Ebene ... abzustimmen. ... [Dies] erfordert neue Institutionen und Instrumente. ... Da die Entscheidung über das Was und Wie der Produktion auf einzelwirtschaftlicher Ebene ... verbleibt – Primat der marktwirtschaftlichen Ressourcenallokation – ist ein abgestuftes System von steuernden Beeinflussungsformen notwendig. ... Neben der Parlamentskontrolle soll die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen dabei ausdrücklich ... gefördert werden. [Hier] sind z.B. auch ... städtische Bodenbewirtschaftung und Gestaltung der Raumstruktur einzuordnen und der ... Handel von Schadstoff-Zertifikaten, mit jeweiligen, die ökologischen Zielvorgaben berücksichtigenden Mengenvorgaben findet hier seinen Platz. Die sozialistische Marktwirtschaft als ... Rahmen für die Arbeits- und Betriebsweise einer hochproduktiven ... Kreislaufwirtschaft ... ist das Erbe der gemischten Wirtschaftsordnung (Mixed Economy), die im Rahmen der Nachkriegsprosperität ihre sozialen Erfolge feiern konnte.“ (S.373)

Diese sozialistische Marktwirtschaft ist in eine politisch kontrollierte Globalisierung einzubetten. Dabei stellt Krüger erneut einen Bezug zu Keynes her: „... lasst Güter in der Heimat herstellen, wenn immer es sinnvoll und praktisch möglich ist, und vor allem lasst die Finanzen in erster Linie nationale sein.“ (Keynes 1933) Eine stärkere Regionalisierung der Weltwirtschaft hält Krüger heutzutage für noch dringender als zu Keynes' Zeiten. (S.375) Die ökologische Ausrichtung der globalen Produktionsprozesse sollte nicht nur einzelwirtschaftlich angegangen werden, sondern auch auf internationaler Ebene. Krüger erwähnt dann den Vorschlag der International Clearing Union ICU und einer internationalen Währung von Keynes. (S.376) Allerdings erwähnt er nicht den Bancor-Vorschlag, den Keynes 1944 bei der Konferenz von Bretton Woods vorgestellt hat. In ihm sind diese Vorschläge präzisiert. Der von Keynes dort vorgeschlagene „Bancor“ (Banken-Gold) sollte allerdings nicht umlaufen im üblichen Sinn wie nationale Währungen; er diente nur zur Verrechnung. So wäre vermieden worden, dass eine nationale Währung zur internationalen Reservewährung wird, wie dies dann mit dem US-Dollar geschehen ist! Dabei war es ein ganz wesentlicher Bestandteil des Bancor-Vorschlags, dass bei Handelsungleichgewichten auch die „Gläubigerländer“ zur Verantwortung gezogen werden sollten, nicht nur die „Schuldnerländer“, wie wir dies gewohnt sind.

Krüger mahnt im Sinn einer weltweiten Verantwortung der Staaten auch die Übertragung nachhaltiger Technologien in die Schwellen- und Entwicklungsländer an. Eine eindrucksvolle Grafik zeigt die weltweiten CO₂-Emissionen nach Ländern und pro Kopf von 2018 als „Momentaufnahme“. Die Weltbank sollte neben einer internationalen

Handelsagentur eine führende Rolle bei diesem Technologietransfer übernehmen, aber nicht im Sinne des bisher dominierenden neoklassischen Dogmas. „Wenn schon in den entwickelten und Schwellenländern die anstehende sozialökologische Transformation ... nicht in marktwirtschaftlich-kapitalistischem Selbstlauf funktioniert, so noch viel weniger in den unentwickelten Ländern.“ (S.379) Um die Versorgung mit Nahrungsmitteln einer stark wachsenden Bevölkerung z.B. in Subsahara-Afrika zu sichern, muss die Verdrängungskonkurrenz aus Überschussländern, insbesondere der EU, enden. (S.380)

Als langfristige Perspektive sieht Krüger den Gemeinbesitz der Bevölkerung am Grund und Boden und die Grundrente als Bestandteil der Finanzierung eines Mindesteinkommens für alle. Er schätzt das von Piketty beigebrachte empirisch-statistische Material als auch dessen Eintreten für eine gerechtere Gesellschaft jenseits des Kapitalismus und sieht Möglichkeiten, an seinem Konzept „eines Eigentums auf Zeit ... [anzuknüpfen und es] ... für eine Konzeption der Vergesellschaftung des Grund und Bodens mit der Verwandlung der Grundrente in ein allgemeines Transfereinkommen fruchtbar“ (S.382) zu machen. Im Rahmen (s)einer modernen Sozialismus-Konzeption hält Krüger gemischte Eigentumsformen (genossenschaftlich, kommunal, staatlich) für möglich und außerdem eine „Kultur der Selbständigkeit“ als integrales Element einer marktsozialistischen Ökonomie für erstrebenswert.

Stichpunktartig sind Elemente einer langfristigen Strategie für einen Übergang aufgelistet:

- Trennung des öffentlichen Eigentums an Liegenschaften von dem privaten Eigentum der auf ihnen errichteten Immobilien im Rahmen eines Erbbaurechts,
- Konsequente Anwendung eines öffentlichen Vorkaufsrechts bei der Veräußerung anstehender Privatgrundstücke sowie, wie bisher auch, die Enteignung des privaten Eigentümers bei vorrangigem öffentlichem Interesse, z.B. bei staatlichen Infrastrukturprojekten oder spekulativem Leerstand von Gebäuden,
- Übergang der Lagerstätten für Bodenschätze an den Staat nach Erfüllung der Renaturierungsaufgaben devastierter Flächen durch den privaten Bergbau-/Minenbetreiber,
- Überlassung der dem Gemeinwesen gehörenden landwirtschaftlichen Nutzflächen und Lagerstätten für Bodenschätze an private Pächter, vorzugsweise an landwirtschaftliche Kooperativen und (kapitalistische) Bergbau- und Minenbetreiber zur Nutzung auf Zeit ohne gleichzeitigen Übergang des Eigentumstitels, also Substitution des privaten Grundeigentümers durch den Staat,

- Erhebung von Grundsteuern gegenüber privaten Eigentümern (Privatpersonen und Kapitalgesellschaften) zur wirksamen Abschöpfung von Bodenpreissteigerungen im Rahmen einer allgemeinen progressiven Vermögenssteuer, die auf das Mittel gespaltener Steuersätze für verschiedene Vermögensarten zurückgreift, d.h. das Grundvermögen höher besteuert als reproduzierbare Vermögensbestände,
- eine tendenziell konfiskative Besteuerung von privat angeeigneten Grundrenten jeglicher Art (agrikole, Bergbau- und Baulandrenten) im Rahmen einer progressiven Einkommensteuer sowie
- eine stark progressiv ausgelegte allgemeine Erbschaftssteuer zur Verringerung der intergenerationellen Vermögensübertragung zwischen Privatpersonen. (S.383,384)

Im nachfolgenden und das Buch abschließenden Text nennt Krüger erneut (vgl. S.372) den Ausbau des Sozialstaats zu einem Wohlfahrtsstaat, der auch die Lockerung privat-familiärer Versorgung einschließt. Dieses Ziel klingt auch in der o.g. „stark progressiv ausgelegten Erbschaftssteuer“ (S.384) an. Neben evolutionärer Transformation in Richtung eines Marktsozialismus werden doch auch „klassische Revolutionsstrategien“ genannt (S.385), allerdings nur in einer Fußnote und auch nicht gemünzt auf entwickelte Länder mit einer einigermaßen gefestigten demokratischen Struktur. Auch das Bild von „Verteilungsformen einer höheren Phase einer kommunistischen Gesellschaft“ (S.387) taucht auf.

Was kann ganz allgemein über das Buch gesagt werden?

Es ist zum einen ein Sachbuch mit einer Überfülle an Information bzgl. der Nutzung des Bodens sowie der Renten, die der Boden als ein nicht von Menschen gemachtes und vermehrbares Gut liefert. Der scharfen Kritik am uneingeschränkten privaten Eigentum am Boden – Boden in einem weiten Sinn – kann man nur zustimmen, denn dieses uneingeschränkte private Eigentum führt eben dazu, dass die Renten auch an die privaten Eigentümer fließen. Es sind Einkommen, die ohne eigene Leistung der Empfänger an diese fließen. Insofern sind sie marktwirtschaftswidrig. Als Lösung dieser Problematik schlägt Krüger ausschließlich „Gemeineigentum“ vor, die Abschöpfung der Renten ohne Eigentumswechsel durch eine Bodenwertsteuer sieht er nicht als Möglichkeit. Auch eine Verteuerung der Nutzung von Ressourcen, verbunden mit einer gleichen Rückausschüttung an alle wird nicht erwähnt. Für das Erreichen einer „hochproduktiven Kreislaufwirtschaft“ gibt es nur die oben z.B. S.373 genannten

Vorschläge. Ob das reicht? Die von ihm erwähnten Grundsteuern sollen ausschließlich die Bodenpreissteigerungen abschöpfen, wie er schreibt im „Rahmen einer allgemeinen progressiven Vermögenssteuer“ (S.384). Krüger berücksichtigt anscheinend nicht, dass die Abschöpfung der Rente bereits selbst die Bodenpreise sinken lässt, denn der Ertragswert des Bodens wird ja dadurch für die privaten Eigentümer geschmälert.

... Diese Aufhebung des Privateigentums am Boden ist Kern der Sozialistischen Marktwirtschaft. Dabei legt Krüger trotzdem großen Wert darauf, dass einzelwirtschaftlich entschieden wird: Primat der marktwirtschaftlichen Ressourcenallokation (S.373) sowie Bedeutung „einer Kultur der Selbständigkeit“ (S.382). Eher beiläufig nennt er auf S.363 „eine Relativierung der Profitrate als Steuerungsmechanismus der Kapitalakkumulation“, ohne doch zu nennen, was denn als alternativer Steuerungsmechanismus für ihn denkbar ist. Sollten Impulse ausschließlich durch öffentliche Investitionen gesetzt werden, wie es der Kontext dieser zitierten Äußerung andeuten könnte?

Eine weitere Konstante im ganzen Buch ist – neben der Kritik der privat vereinnahmten Renten – die „strukturelle kapitalistische Überakkumulation“, ohne dass der Begriff klar definiert würde. Die „strukturell niedrigen Profit- und Zinsraten“ könnten eine Messgröße dafür sein. Dass dieser Zustand der Profitraten bei ihrem tendenziellen Fall langfristig eintreten muss, ist eigentlich klar. Dass ein Sinken der Profitraten auf null mit ebensolchem Sinken des Zinssatzes am Kapitalmarkt verbunden sein muss, ergibt sich logisch, beide Raten sind längerfristig strukturell miteinander verbunden. Der springende Punkt sind nun die ökonomischen Renten aus Boden und Ressourcen und auch sonstige Monopolprofite (Patente z.B.). Wenn sie nicht mehr privat vereinnahmt werden – das grundlegende Ziel der „Sozialistischen Marktwirtschaft“, wie Krüger sie skizziert – verlieren die Finanzmärkte ihre Macht: Bodenpreise sinken, denn der Ertragswert für private Eigentümer (nicht die privaten Nutzer!) sinkt, und damit der Bodenpreis – Spekulation mit Boden wird uninteressant; Spekulation mit Aktien ebenfalls, denn die verschwindenden Profitraten drücken auch auf die Gewinne der Aktionäre. Beides hat massive Konsequenzen für die Verteilung der Einkommen – die Polarisierung wird sukzessive gemindert. Dass das auch soziale Auseinandersetzungen und ein entsprechendes Bewusstsein der Menschen erfordert, ist dabei auch klar.

Krüger betont durchgehend, dass Kapitalakkumulation nicht per se schlecht sei, aber gerade die notwendige sozialökologische Transformation erfordert einen Umbau, also nicht weitere Kapitalakkumulation, sondern eine Steady State Economy (Herman Daly). Strukturell um null schwankende Profitraten und Zinsraten sind dafür notwendig. Insofern ermöglicht das von Krüger gezeichnete Bild eine positive Utopie. Sie beruht

auf dem Ende der privaten Aneignung ökonomischer Renten und von Monopolprofiten, sowie auf strukturell auf null gesunkenen und dort verharrenden Profit- und Zinsraten.

Mit der Datenfülle und ihrer strukturierten Aufbereitung bezüglich Grund und Boden und den Ressourcen im Boden, vor allem aber in der klaren Kritik an der privaten Vereinnahmung der ökonomischen Renten aus diesen Gütern der Natur sowie der Betonung der Wichtigkeit einer sozialökologischen Transformation lässt Krüger diese mögliche Utopie in seinem Buch aufscheinen. Krüger äußert sich nicht dazu, ob es weiterer Maßnahmen bedarf, um das Zinsniveau am Kapitalmarkt stabil bei null zu halten. Allerdings benötigt die Beschäftigung mit dem Buch große Konzentration sowie Durchhaltevermögen und auch Kritikfähigkeit der Leserinnen und Leser, um die Umriss dieser Utopie erkennen zu können.

Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens
E-Mail: Alwine.Schreiber-Martens@INWO.de